

Die Diktatur der Staatsbetriebe

Fallobst

STG2

19.08.15

Roland Bernhard sitzt am Nabel der Welt. Der Titel ist zwar schon vergeben: „Der Landkreis Tübingen liegt im Zentrum Baden-Württembergs“, heißt es auf der Webseite der Behörde. Und die Tübinger Bürgerstiftung ließ die Spitzenposition auch bereits in Stein meißeln. Im Käsenbachtal wurde 1986 eine drei Tonnen schwere Skulptur aus Muschelkalk aufgestellt, die den Geographischen Mittelpunkt des Landes markiert, der 1980 vom Stuttgarter Landesvermessungsamt ermittelt worden war. Aber Roland Bernhard hat es mit dem Schwergewicht aufgenommen. Und er bekam natürlich recht – von seiner eigenen Behörde zumindest!

Vom nördlichsten, südlichsten, westlichsten und östlichem Punkt (und vom Landratsamt Böblingen) betrachtet, befindet sich nämlich Böblingen mit einem Punkt südlich der Diezenhalde genau in der Mitte des Landes. Ob die Ingenieure des Landesvermessungsamtes diese vom kreiseigenen Vermessungsamt berechnete Zentrums Lage anerkannt haben, ist nicht bekannt. Der Landrat denkt jetzt jedenfalls, dass er sich in seiner Position alles erlauben kann. Zum Beispiel Stasi-Methoden beim Abfallwirtschaftsbetrieb.

Roland Bernhard lässt neuerdings den Müll durchleuchten. Mittels eines Detektionssystems am Müllfahrzeug werden jetzt „Störstoffe aus Metall“ im Biomüll ausgemerzt. Der Landrat zeigt sich am Anfang jedoch gnädig: Der Abfall wird zunächst auch dann mitgenommen, wenn das Radargerät anschlägt. An der Tonne wird nur ein Reinlichkeitsgebot angebracht. Wer allerdings nicht lernen will, muss irgendwann spüren: „In einer späteren zweiten Phase werden falsch gefüllte Behälter nicht mehr geleert“, droht der kreiseigene Betrieb. Dann müssen die Provokateure selbst in ihrem Abfall wühlen – entweder



Kolumne Aufgelesen im Kreis: Süßes und Saures. Diese Woche wenden die Abfallwirtschaftsbetriebe Stasi-Methoden an und Paul Nemeth entdeckt den real existierenden Sozialismus. Von Kathrin Haasis

um ihn von den Fremdkörpern zu befreien oder in die Restmülltonne umzufüllen.

Laut Wolfgang Bagin hat die konforme Masse nichts zu befürchten. „Schon heute befüllen die allermeisten Kunden ihre Biomülltonne, wie es richtig ist“, beschwichtigt der AWB-Werkleiter in der Mitteilung. Außerdem dient die Umerziehung dem guten Zweck, dass die Biomüllverwertungsanlage die Planerfüllung erreicht. Wie es sich für einen Regierungsstil mit Zuckerbrot und Peitsche gehört, bekommen ausgewählte Bürger ein Geschenk: „Um einen kleinen Anreiz für die Nutzung der Biotonne zu geben, erhält künftig jeder neue Nutzer bei der Abholung seiner Tonne zehn stabile Papiertüten gratis dazu, in denen man seine Küchenabfälle vor dem Einwurf verpacken kann“, erklärt Wolfgang Bagin. Wer sich nicht so billig locken lassen will, den erinnert der Werkleiter an die seit Januar bestehende Tonnenideologie: die Pflicht zur Bioabfalltrennung.

Es ist ein Wunder, dass Paul Nemeth in der Sache noch nicht aktiv geworden ist. Der CDU-Landtagsabgeordnete spürt derzeit nämlich den real existierenden Sozialismus im Kreis auf. „Das ist fast wie in der DDR“, hat er jetzt

über die Praktiken der Stadtwerke Böblingen geurteilt. Der zu 59 Prozent in kommunalem Besitz befindliche Betrieb hatte zum 1. August den Grundpreis für die Fernwärme auf 30 Euro verdreifacht. Erst drei Wochen vorher informierte der Versorger seine 1800 Kunden darüber. „Wir brauchen mehr Transparenz bei den Stadtwerken“, fordert Paul Nemeth. In der Tat wirkt die Berechnungsweise für den höheren Abschlag undurchsichtig: Sie resultiert daraus, „dass das Jahr 2015 voraussichtlich kühler wird als das milde Jahr 2014“, steht in dem Kundenbrief. Für die Schätzung wurden die Ist-Temperaturen bis Juni dieses Jahres verwendet, ab Juli nutzten die kühl kalkulierenden SWBB die Jahresmittelwerte von 2009 bis 2013. In der kreisweiten Planwirtschaft legt sich in diesem heißen Sommer eben jeder die Zahlen zurecht.



Die DDR existiert – im Film „Good Bye Lenin“ Foto: WDR

Kommentar IGFW:

Selten hat eine Überschrift so gut gepasst. Dieser Artikel ist tatsächlich Fallobst.

Statt 30 € sind es 34.30 € (die Mehrwertsteuer bezahlen die Kunden leider auch.

Es fehlt völlig die Information, was die Auswirkungen dieser Erhöhung für den Kunden sind.

Je nach Wohnungsgröße bedeutet dies zwischen 50 € und 500 € (in manchen Fällen noch darüber) zusätzliche Heizkosten im Jahr.

Auf die gesamten Heizkosten eines Jahres ergibt sich eine Erhöhung von 10 % bis über 40%.

Und das trifft nicht nur 1800 Kunden sondern 8500 Haushalte (und damit ca. 50% der 16000 Böblinger Haushalte). Dies wäre eine korrekte und relevante Information für den Leser gewesen.

Die Diskussion über die Berechnung der Abschlagszahlung lenkt völlig vom Thema der exorbitanten Preiserhöhung ab. Am Ende zahlt der Kunde 50 – 500 € mehr für seine Heizung. Dies auch noch vor dem Hintergrund fallender Energiepreise.

Qualitätsjournalismus sieht anders aus. Schade Stuttgarter Zeitung.